

Ihre "Lösung" heisst Massenentlassungen - Unsere heisst Vergesellschaftung nach Artikel 27

Mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens und "Auffanggesellschaften" nähern wir uns Schritt für Schritt den Massenentlassungen. Wird ihr Umfang vor oder nach dem 22. September bekannt?

Erst war die Insolvenz die reine Katastrophe. "Betriebsrat und IG Metall befürchten, dass in der Insolvenz die Zahl der vernichteten Arbeitsplätze um das Drei- bis Vierfache über der in der Berger-Studie genannten Zahl (1000 bis 1500) liegen werde" (NRZ, 9.7.02). Nachdem sie nicht mehr vermieden werden konnte, soll plötzlich die Insolvenz in „Eigenverwaltung“ für das Gegenteil gut sein und möglichst viele Arbeitsplätze retten. Beides zugleich kann nicht stimmen.

Rettungsanker Auffanggesellschaft?

Der zweite Rettungsanker soll Auffanggesellschaft(en) heißen. Ihre Eckpunkte will der neue Vorstandsvorsitzende Piepenburg im August festlegen. "Im September werde das Konzept dann stehen". "Wir wollen alle erhaltenswerten Teile unseres Unternehmens in einem sicheren unternehmerischen Umfeld mit möglichst vielen Mitarbeitern weiter fortführen" (HB, 1.08.02). Wer entscheidet darüber, was "erhaltenswerte Teile" sind und was nicht? Ganz bestimmt nicht Herr Piepenburg. Im insolventen Konzern ist er als Vorstandsvorsitzender abgemeldet. Für die Gründung von Auffanggesellschaften hat Piepenburg nur ein Vorschlags-, aber *keinerlei* Entscheidungsrecht. Auch der Insolvenzverwalter Herr Schmitz entscheidet *nicht allein* über die Gründung von Auffanggesellschaften, sondern nur mit Zustimmung der Gläubigerversammlung. Dort haben die Gläubiger mit den höchsten Forderungen das größte Stimmrecht. Damit haben letztendlich über alle wichtigen Entscheidungen wie „Insolvenz in Eigenverantwortung“ und „Auffanggesellschaft“ diejenigen Banken das letzte Wort, die Babcock in die Insolvenz getrieben haben.

Die Rolle des Insolvenzverwalters Schmitz

Viele hoffen auf den Erhalt ihres Arbeitsplatzes durch den Insolvenzverwalter Herrn Schmitz. Das ist ein Mißverständnis. Im gesetzlichen Rahmen der Insolvenzordnung hat der Insolvenzverwalter einen klar vorgeschriebenen Auftrag: Seine Aufgabe ist die Bedienung der Forderungen der Gläubiger. Diese sind in der Gläubigerversammlung zusammengeschlossen, die alle wichtigen Beschlüsse absegnen muss.

Babcock Borsig hat insgesamt 840 Mio.Euro unmittelbare und ca.1,2 Mrd.Euro weitere Verbindlichkeiten. Herr Schmitz muss diese Verbindlichkeiten durch Verkäufe von Konzernteilen befriedigen. Dazu dient der Verkauf des Kühlturm-Geschäfts an die US-Firma SPX Corp und der Reinraumtechnik von Krantz TKT an die M+W Zander/Jenoptik. Die erzielten Verkaufserlöse werden uns verheimlicht. Das Geld aus den Verkäufen kommt letztendlich den großen Gläubigern d.h. den Banken zu Gute und nicht einer Auffanggesellschaft "mit möglichst vielen Mitarbeitern".

Zwar werden auch Betriebsräte im Gläubigerkreis geduldet. Aber wie sollen diejenigen, die schon als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat versagt haben, den „Insolvenzverwalter überwachen“ und ein Einsichtsrecht in Bücher und Geschäftspapiere nutzen?

Kein Insolvenzverwalter der BRD wird sich mit den Banken anlegen. Diese haben hervorragende Rechtsabteilungen, die dem Insolvenzverwalter notfalls auf die Finger klopfen, wenn er sich nicht an die Insolvenzordnung halten und nicht die Gläubigerforderungen bedienen würde. Der Insolvenzverwalter Schmitz ist also nicht zur Rettung von Arbeitsplätzen da, sondern zur Befriedigung der forderungsstärksten Gläubiger. Er ist in keiner Weise den Arbeitnehmern verpflichtet, sondern muss besonders die Interessen der Banken bedienen.

Unsere Rechte sind fast außer Kraft gesetzt. Wir haben höchstens drei Monate Kündigungsschutz und bekommen im Sozialplan nur bis zu zweieinhalb Monatseinkommen an Abfindung.

Die Zerschlagung der Krantz TKT

Eine Insolvenz ist für die Banken gut, um ihre Forderungen einzutreiben. Dafür ist bei Babcock wahrscheinlich genug Masse da. Deshalb muß nicht alles platt gemacht werden. Wenn Herr Piepenburg allerdings davon redet,

Teile des Unternehmens in einer Auffanggesellschaft "mit möglichst vielen Mitarbeitern weiter fortzuführen", ist das allenfalls ein frommer Wunsch, wenn nicht bewußte Irreführung. In einer Auffanggesellschaft könnte z.B. die Energietechnik neu aufgestellt werden. Dazu dient etwa die Managementmethode des *Industrial Reengineering*. Es wird so getan, als wenn ein Betrieb völlig neu gegründet würde. Das wird mindestens ein Drittel, vielleicht die Hälfte aller vorherigen Arbeitsplätze des Betriebes/Bereiches kosten.

Was uns erwartet, zeigt der Verkauf der insolventen Krantz TKT an M+W Zander/Jenoptik. Diese übernimmt u.a. mit der profitablen Reinraumtechnik 300 Mio E von 637 Mio E Umsatz von Krantz TKT und „vorläufig“ 1150 von 1800 Lohnabhängigen. Für die Übernommenen sind 300 Entlassungen durch das „Zusammenfassen von Geschäftsaktivitäten“ angekündigt. Was mit den übrigen 650 KollegInnen aus den nichtprofitablen Bereichen geschieht, können wir uns alle selbst ausrechnen. Damit werden wahrscheinlich *im ersten Schritt* 950 von 1800 Arbeitsplätzen bei Krantz TKT platt gemacht. „Krantz TKT sei einer der größten Wettbewerber von M+W Zander auf dem Markt der technischen Gebäudeausrüstung, heißt es in der Jenoptik-Mitteilung“ (NRZ 2.8.02). Wie schrieb der Babcock-Vorstand im *Börsenzulassungsspekt 2001* zynisch zur „Gebäudetechnik-Gruppe“: „Der Trend zu Großbauvorhaben lässt jedoch auf eine Marktbereinigung hoffen“. „Bereinigt“ wurde Krantz - entsprechend den Wolfsgesetzen der kapitalistischen Marktwirtschaft. Das zeigt, was wir von Verkäufen und Auffanggesellschaften zu erwarten haben. Und welche Folgen hat die Zerschlagung der Krantz TKT für die Lufthansa Gebäudemanagement?

SPD: Ruhe vor der Bundestagswahl!

Ministerpräsident Clement hat auf der Betriebsversammlung viel Beifall für seine Verhandlungen mit den Banken bekommen. Die hätten aber nicht stattgefunden, wenn wir nicht nach Düsseldorf gefahren wären. Clement hat sich mit seinem verunglückten Rettungsversuch eine politische Niederlage eingehandelt. Doch für uns ist katastrophal, dass die Landesregierung mit dem Hauptaktionär WestLB nicht für die anderen Banken einspringen will.

Nach seinem Fehlschlag mußte Clement die Belegschaft vor dem 22. September beruhigen. Die SPD schiebt die Schuld an der Pleite weg vom Hauptaktionär WestLB hin zu Lederer und lenkt die Hoffnungen auf den Insolvenzverwalter. Das ist ihr dank Drescher bis Westfeld gelungen. Sie alle nehmen die Vernichtung von einem Drittel bis zur Hälfte der Arbeitsplätze in Kauf und versuchen jeden Widerstand gegen die Arbeitsplatzvernichtung im Keim zu ersticken.

Die einzige Möglichkeit zur Rettung unserer Arbeitsplätze ist eine Kehrtwendung der Belegschaft: Wir müssen erneut die Landesregierung in die Verantwortung nehmen und die Banken (WestLB!) endlich unter Druck setzen! Nur die Vergesellschaftung nach Artikel 27 Landesverfassung NRW kann alle Arbeitsplätze sichern.

Aus was tun, sozialistische Betriebszeitung bei Babcock Oberhausen, Nr. 124 vom 28.8.2002

Wie die NRW-Landesbank bei Babcock ausstieg

Die Insolvenz hat eine Vorgeschichte: Die sozialdemokratische WestLB und die von ihr geführte Preussag stiegen gezielt aus dem Babcock-Konzern aus.

1999 bekam Babcock von der Preussag die HDW und Noell. Dafür erhielt die von der WestLB beherrschte Preussag 33,3% der Babcock-Aktien. Noch im Januar 2001 war die Westdeutsche Landesbank als Hauptaktionär direkt (10%) und indirekt über die Preussag (heute TUI) mit 43,3% Prozent an Babcock Borsig beteiligt (*Financial Times Dt.*, 29.1.01; vgl. *Börsenzulassungsspekt 2001* der Babcock Borsig AG).

Die Preussag wandelte sich in den letzten drei Jahren vom Industriemulti zum Tourismusriesen. Preussag-Chef Michael Frenzel erklärte im Geschäftsbericht 2000: "Von den industriellen Aktivitäten werden wir uns im Zuge des Ausbaus des Touristikgeschäftes trennen". Das hieß: Ausstieg bei Babcock durch Klein- und Großverkäufe.

Schritt 1: Verkauf an Credit Agricole Lazard

"Im November 2001 veräußerte Preussag 8,5 % der an der Babcock Borsig AG gehaltenen Anteile an die Credit Agricole Lazard Financial Product Bank. Durch den Verkauf dieser Anteile reduzierte der Konzern seine Beteiligung an der Babcock Borsig AG auf unter 20 %" („Erläuterungen zu Grundlagen und Methoden des Konzern-Abschlusses“, Preussag, 10.4.2002, S. 8). Lazard hilft jetzt beim „Verkauf“.

Schritt 2: Verkauf an die Deutsche Bank

"Im März 2002 veräußerte der Konzern weitere 3,6 Millionen Aktien der Babcock Borsig AG an die Deutsche Bank AG. Durch weitere Börsenverkäufe aus den verbleibenden eigenen Aktien reduzierte sich der von Preussag

gehaltene Anteil auf weniger als 9 % des Grundkapitals an der Babcock Borsig AG“ (Erläuterungen, S. 65). Das erklärt auch die „Vermittlerrolle“ der Deutschen Bank in den Verhandlungen. Die Anteile von WestLB und Preussag an Babcock sanken innerhalb von gut einem Jahr von 43,3% auf 17,4%.

Schritt 3: Verkauf der HDW-Anteile an die One-Equity-Partners

„Ferner veräußerte der Konzern seine sämtlichen Anteile an der HDW an eine Tochtergesellschaft der amerikanischen Bank One-Gruppe“, heisst es im Preussag-Bericht weiter. Das war am 11. März 2002. Am gleichen Tag verkaufte auch Babcock ein HDW-Paket von 30%. Das löste die Zahlungsunfähigkeit aus.

Führte Clement nur Scheinverhandlungen?

Das Land NRW ist mit 43,2% Hauptaktionär der WestLB. Im `Aufsichtsrat` der Landesbank sitzt Finanzminister Steinbrück. Da verhandelte also Ministerpräsident Clement mit den Banken „zur Rettung“ des Babcock-Konzerns. Als Berater stehen ihm Steinbrück und Neuber zur Seite. Der frühere WestLB-Chef ist Aufsichtsratsvorsitzender bei Babcock Borsig und Preussag. Neubers Berater im Babcock-Aufsichtsrat sind die Preussag-Vorstandsmitglieder Stodieck (bei Preussag für Beteiligungen zuständig) und Feuerhake (für Finanzen). Der Vorstandsvorsitzende der Preussag, Michael Frenzel, war früher Neubers Bürochef und sass mit Clement und Neuber im „Sparclub IC 72“, eine Art Geheimloge der 30 einflussreichsten Politiker und Wirtschaftsrosse in NRW. Frenzel sitzt auch im Wirtschaftsbeirat der WestLB zusammen mit ... Lederer. Noch Fragen?

Babcock - LGM - Lufthansa:

Entlassungen trotz Rekordgewinnen!

Bei der nicht insolventen Lufthansa Gebäudemanagement (LGM) werden 85 von 180 KollegInnen entlassen. Nach der Zerschlagung der Krantz TKT durch Insolvenzverwalter Schmitz sollen Postboten, Drucker, Gärtner usw. überflüssig sein. Der LGM droht die vollständige Schließung.

Obwohl der Markt für Gebäudeservice nach Angaben der LGM-Geschäftsführung um jährlich 10% wächst, macht sie nicht den geringsten Versuch, die ausfallenden Wartungsaufträge bei Babcock durch verstärkte Bemühungen auf dem Markt auszugleichen. Schon im April hatten Krantz TKT und Lufthansa die LGM zum Verkauf angeboten. Und vom Geschäftsjahr 1999 bis 2000 ging das Gesamtkapital der LGM um über 50 Prozent zurück. Denn die Lufthansa zieht die Gewinne vollständig aus der LGM ab, investiert aber seit Jahren nicht mehr. So trug die LGM-Belegschaft zum Konzernergebnis bei, das, so Lufthansa-Finanzchef Kley, „um es konservativ zu sagen, mindestens 500 Millionen Euro erzielen wird“ (FR 22.8.2002).

Während die Lufthansa Rekordgewinne einfliagt, machen der Betriebsratsvorsitzende Zuika und der IG Metall-Bevollmächtigte Look ein Zugeständnis nach dem anderen. Vor gut einem Jahr stimmten sie dem „Mitarbeiterverzicht“ d.h. dem Ausstieg aus der Tarifbindung zu. Zahlen Zuika und Look jetzt den Gekündigten den verloren gegangenen Lohn aus eigener Tasche zurück? Für die Entlassungen wurde im Schnelldurchgang ein Sozialplan unterschrieben. Verhandlungsmöglichkeiten wie z.B. Einschaltung eines unabhängigen Anwalts, Vermittlung durch den Präsidenten des Landesarbeitsamts usw. wurden nicht ausgenutzt. Auch ein Besuch der LGM-Belegschaft mit einem Transparent: „Keine Entlassungen in Konzernen mit Gewinnen!“ bei der Pressekonferenz des Lufthansa-Vorstandes in Frankfurt hätte nicht schaden können. Statt dessen wird den KollegInnen empfohlen, in die Beschäftigungsgesellschaft zu gehen. Die ist vielleicht auch in wenigen Tagen pleite, aber für die Lufthansa zählt nur, dass niemand gegen seine Kündigung klagt.